

Schlussbetrachtung

Am Beginn der vorliegenden Studie stand die Frage, in welchem Maße die Französische Revolution und das Kaiserreich die Wahrnehmung der Gesellschaft zwischen 1814 und 1848 prägten und hier einen Erfahrungsraum schufen, der für die Herausbildung des französischen Nationalstaates eine zentrale Bedeutung hatte. Es wurde eruiert, welche Rolle die bewaffneten Bürger für die Errichtung politischer Regime spielten. Die Gründung der Nationalgarde im Jahre 1789, mit der die Tradition der frühneuzeitlichen Bürgermilizen zwar fortgesetzt, zugleich aber mit dem Aspekt der Emanzipation verknüpft und so grundlegend revolutioniert wurde, stellte einen Fluchtpunkt für die Betrachtung und Interpretation der französischen Geschichte nach 1814 dar. Die Verteidigung der öffentlichen Ordnung und der Verfassung der konstitutionellen Monarchie, der Ausbruch der Terreur und der Beginn des Krieges mit den ausländischen Monarchien waren Ereignisse, die sich die Angehörigen der postrevolutionären Gesellschaft auf jeweils spezifische Weise aneigneten. Die Revolution war in dieser Hinsicht eine historische Schwelle und ein einschneidendes Moment, in dessen Folge sich die Grundlagen politischer Herrschaft umfassend wandelten.

Seither hatte die Interpretation des Krieges gegen die konterrevolutionären Mächte eine zentrale Funktion für die Bestimmung der freien Nation, der revolutionäre Befreiungskampf galt von Beginn der Kampfhandlungen an der Emanzipation und der Erlangung politischer Rechte. Für die Nationalgarde, dies belegt die Untersuchung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, hatte gerade die Phase zwischen 1789 und 1792, die Errichtung und der Sturz der konstitutionellen Monarchie, einen hohen Stellenwert. Die Rückkehr der Bourbonen nach 1814 bot einen Rahmen, in dem an die bewaffneten Bürger angeknüpft werden konnte und so die Erfahrung der Bewaffnung des dritten Standes in einen neuen Aushandlungsprozess eintrat. Diese Erfahrung diente der Legitimierung monarchischer Herrschaft genauso wie der Formulierung oppositioneller Deutungspositionen, mit denen der soziale Aufstieg des Bürgertums und die Forderung nach politischer Teilhabe gerechtfertigt wurden. Darüber hinaus wurde ab 1830 auch auf die Marginalisierung sozialer Milieus hingewiesen und so die

Einheit des Bürgertums dezidiert in Frage gestellt, welches bis zur Zweiten Republik einen komplexen Transformationsprozess durchlief. Indiz dieses Aushandlungsprozesses war die Konstruktion multipler Erinnerungen, mit denen eine spezifische Traditionsstiftung kanonisiert werden sollte und welche nicht selten untereinander in Konflikt traten.

Parallel bildete sich in der Truppe eine Erfahrungsgemeinschaft heraus, die ihre Identität, Riten und Gebräuche aus der Gründung der Nationalgarde während der Französischen Revolution bezog. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich nach 1814 ein spezifischer Korpsgeist, die Angehörigen leiteten aus der Erfahrung von 1789 das Selbstverständnis ab, ihren Dienst an der öffentlichen Ordnung zu leisten. Auf diesem Wege wandten sie militärische Praktiken an, die seit 1789 zum Handlungsrepertoire des französischen Stadtbürgertums gehörten. Darüber hinaus forderten die Nationalgardisten Privilegien und politische Rechte ein, die sie als sozial exklusiv einschränkten und auf das Besitzbürgertum zu begrenzen suchten. Hier wurde das Paradigma des revolutionären Aktivbürgers neu aktualisiert, das Waffenrecht wurde fortwährend mit dem Aspekt der politischen Partizipation in Zusammenhang gebracht. Bürgerliche Bewaffnung und Teilnahme am nationalen Befreiungskampf bildeten so die Grundlage für die Wahrnehmung des Regimes, die Schärfung politischer Deutungsmuster und Ansichten sowie die Bekundung von Loyalität und die Formulierung von Kritik. Das Erbe von 1789 war aus Sicht der meisten Nationalgardisten nicht an eine bestimmte Staatsform – Monarchie oder Republik – gebunden, sondern es versprach Freiheiten, die untrennbar mit dem modernen Bürgersoldaten verbunden waren. In diesem Zusammenhang maßen die bewaffneten Bürger, deren Anzahl mit dem Gesetz von 1831 ja tendenziell zunahm, die politische Ordnung am eigenen Erfahrungshaushalt.

Mit Blick auf die wechselvolle Geschichte der Nationalgarde lassen sich abschließend vier große Entwicklungslinien hervorheben, die auf die Problematik und die komplexe Ausgangslage der postrevolutionären Gesellschaft hinweisen:

Resynchronisieren und Integrieren

Die postrevolutionäre Phase zeichnete sich durch das Auseinanderklaffen multipler Zeit- und Erfahrungsschichten aus. Der Zusammenbruch des Ancien Régime führte zum Untergang einer überkommenen Gesellschaftsordnung, die den Zeitgenossen Identität und Orientierung vermittelt hatte, welche von der Revolution aber plötzlich grundlegend in Frage gestellt wurden. Daraufhin setzte ein komplexer und fast ein Jahrhundert währender Aushandlungsprozess ein, den sowohl die Anhänger des alten Regimes als auch die Verfechter einer

repräsentativen Ordnung als besonders schmerzhaft empfanden. Sie waren nicht nur gezwungen, auf überkommene Deutungsmuster, Weltanschauungen und Privilegien zu verzichten, sondern mussten auch die Enttäuschung über das Scheitern der gemäßigten Revolution verarbeiten und ein gesellschaftliches Koordinatensystem jenseits dem negativ belasteten Gedenken an die Terreur und den Bürgerkrieg von 1793 entwerfen.

Die historischen Akteure erkannten, dass sie in einem Zeitalter des permanenten Wandels lebten, da die postrevolutionären Regime selbst nur eine begrenzte Lebensdauer hatten und schon unmittelbar nach ihrer Errichtung einer erstarkenden Opposition ausgesetzt waren, die die politischen und sozialen Verhältnisse kritisch mit der Revolution verglich und die mit dem Hinweis, dass das Programm von Regierung und König weit hinter den Errungenschaften von 1789 zurückblieb, eine breite Protestbewegung in Gang zu setzen vermochte. Die Anstrengungen richteten sich auf die Errichtung von Institutionen, die einen Ausgleich zwischen den seit der Revolution unversöhnlich gegenüberstehenden Gruppierungen erzielen sollten, um die widerstrebenden Erfahrungen einzuebnen. Dafür kam der geschriebenen Verfassung als Katalog an unveräußerlichen Grundrechten eine zentrale Bedeutung zu, da diese die Umriss der zeitgenössischen Politik bestimmte, das Bekenntnis zu den Ergebnissen der Revolution mit der Legitimierung und Propagierung der neuen Herrschaft verband und so einen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft zu erzielen suchte. Teil der Charte constitutionnelle war auch die Nationalgarde, für deren Erhalt die Monarchie über die Restauration hinaus sorgte, da sie darin eine Garantie für die Legitimierung der königlichen Herrschaft und der Absicherung des Gewaltmonopols erblickte.

Monarchie und Moderne

Die Revolution hatte zum Sturz der Bourbonen und zur Enthauptung des Königs geführt, was einen erheblichen Ansehensverlust für die traditionelle Herrschaft in Frankreich und eine Herausforderung für die Rückkehr der Monarchie bedeutete. Diese stellte während der postrevolutionären Phase allerdings ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis, indem sie einen Kompromiss zwischen Anhängern und Gegnern der Revolution erzielte. Darin zeichnete sich zunächst der spezifische Charakter der Restauration ab, die keine bloße Wiederherstellung des Ancien Régime war. Ludwig XVIII. wollte einen Ausgleich zwischen den *deux France* herstellen, dem traditionellen vormodernen und dem aus der Revolution hervorgegangenen progressiven Frankreich. Er knüpfte an das Gottesgnadentum an und machte sich damit eine Herrschaftslegitimation zu eigen, die den Sturz der Monarchie von 1792 übergang. Zugleich anerkannte

er aber die aus der Revolution hervorgegangenen Institutionen, die er mit seinem Regime zu verstetigen suchte.

Die Rückkehr der Monarchie zeigte vor diesem Hintergrund, dass die Revolution nicht zu einem abrupten Verschwinden traditioneller Herrschaftsformen geführt hatte, sondern dass die Monarchie, wie sie von der Dynastie der Bourbonen verkörpert wurde, eine hohe Anziehungskraft besaß, die Aussöhnung der französischen Gesellschaft zu begünstigen vermochte und so erst einen Aushandlungsprozess möglich machte, der die gesellschaftliche Entwicklung in einem hohen Maße prägte und die Grundlagen für die Ausbildung der politischen Kultur auch des heutigen Frankreich legte. Diese Erkenntnis stellt das überkommene, dichotomische Verständnis von der Herausbildung des modernen Nationalstaates in Frage, welcher nicht aus einem radikalen Bruch mit dem Ancien Régime hervorging, sondern Traditionen und Institutionen in sich vereinte, die sowohl aus der Formierung des Stadtbürgertums während der frühneuzeitlichen Revolutionskriege als auch der Emanzipation des dritten Standes im Zuge der Errichtung der revolutionären Nation hervorgegangen waren. Bis heute werden in den öffentlichen Debatten in Frankreich Deutungsmuster geprägt, die die Glorifizierung der Revolution und die Verteidigung der fortschrittlichen Republik zum Inhalt haben, um so politische Entscheidungen zu legitimieren und als alternativlos darzustellen. Die damit in Zusammenhang stehende Vorstellung, die Gesellschaft befinde sich in einem Prozess der fortschreitenden Zivilisation, ist jedoch ambivalent und muss angesichts der Kriegs- und Gewalterfahrungen am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert in Zweifel gezogen werden.

Die Geschichte der Nationalgarde illustriert, dass die Partizipation des Staatsbürgers am öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst schon für die Errichtung der monarchischen Regime nach der Revolution von großer Bedeutung war. Der König vermochte hier seinen Willen zu demonstrieren, an die Tradition des Bürgersoldaten anzuknüpfen, die seit den frühneuzeitlichen Milizen verbürgten Privilegien genauso wie die revolutionären Errungenschaften zu erhalten, um damit auch den Städten des Reiches eine neue Autonomie zu geben, die diese seit dem Absolutismus eingebüßt hatten. Mit der Rekrutierung des französischen Stadtbürgertums verließ der König seinem Regime Legitimität. Dieses konnte glaubhaft machen, dass es die Grundwerte und das Ansehen des Landes verteidigte und zum Frieden in Europa beitrug. Nach 1830 wurde auch die Französische Revolution erstmals wieder explizit Bestandteil der Außendarstellung der Monarchie, Thron und Regierung griffen am Beispiel der Nationalgarde die Vergangenheit des Landes auf und suchten diese zu instrumentalisieren, um den fortschrittlichen Charakter des Regimes in den Vordergrund zu rücken.

Verstaatung nach innen

Die Anzahl der bewaffneten Bürger, die sich für die Verteidigung der öffentlichen Ordnung mobilisieren ließen, zeigt, dass König und Regierung in der Propagierung einer spezifischen monarchischen Repräsentation Erfolg hatten und so auf die Integration der bürgerlichen Mitte zunächst hinwirken konnten. Der Einsatz der Nationalgarde erlaubte es, die staatliche Entwicklung zu forcieren und das Land schrittweise in ein institutionelles Gefüge einzugliedern, das den Aufbau einer umfassenden Verwaltung und die Ausübung des Gewaltmonopols erlaubte. Auf diesem Wege sollte eine stabile Ordnung errichtet und die Revolution eingehegt werden. Der Thron machte sich dafür die mit dem Sturz des Ancien Régime eingeführten Instrumente des Zentralstaates zu eigen, zu denen insbesondere die dem Innenminister untergeordneten Präfekten zählten. Parallel sorgte er für die direkte Kontrolle der Kommunen, in denen der König den Bürgermeister ernannte. Dieser übte unmittelbar Einfluss auf die Organisation der bewaffneten Bürger aus, da er Befehlsherr über die Nationalgarde war, deren Rekrutierungsrat leitete und so darüber bestimmte, wer Zugang zu den lokalen Kompanien erhielt.

Die größte Herausforderung nach 1814 bestand darin, die ortsansässigen Ordnungsformationen zuverlässig in die Herrschaft des Königs einzubinden. Die Nationalgarde zeichnete sich durch ihre soziale Nähe zu den Untertanen und Einwohnern der Stadt aus. Unter militärischen Gesichtspunkten konnte dies problematisch sein und den Gehorsam der bewaffneten Bürger gefährden. Die effektive Organisation der Streitkräfte beruhte auf der geografischen Isolierung der Truppen in Kasernen und auf Wachstuben. Die Reorganisation der städtischen Milizen war dagegen Ausdruck der Politik der Monarchie, deren reaktionäre Kräfte sich wie im Falle der Ultraroyalisten nach 1815 der Nationalgarde bemächtigten, um eine eigene Armee auf- und so die eigene Machtposition im Land auszubauen. Diesem Ziel gehorchte die Errichtung des Artois-Ministeriums und des -Stabs an Inspektoren, die in sämtlichen Departements für eine einheitliche Rekrutierung und Bewaffnung sorgen sollten. Die Armeereform von 1818 erlaubte künftig die Heranziehung von Garnisons- und Linientruppen, während die Nationalgarde tendenziell von der Gewaltausübung entbunden wurde.

Die Julimonarchie knüpfte wieder an den lokalen Ordnungsdienst an, um die Einführung des neuen Regimes abzusichern und die sich rasch formierende Opposition zu bekämpfen. Die Regierung hatte erkannt, dass mit einer graduellen Öffnung das Bürgertum am Gewaltmonopol beteiligt werden konnte. Dieses stand dem Justemilieu nahe und wirkte am Aufbau einer konstitutionellen Tradition mit, mit der die gemäßigte Phase der Revolution in den Vordergrund gerückt und so ein Konsens in der Bevölkerung erzielt wurde. Die Heranzie-

hung der bewaffneten Bürger gehorchte dem politischen Programm des Regimes; das Parlament suchte das von den Doktrinären vorgedachte Prinzip einer endogenen Ordnungskraft einzulösen und so das Gewaltmonopol aus der Gesellschaft heraus zu organisieren. Diese Vorstellung hob auf die Interessenkongruenz ab, die nach liberalem Verständnis zwischen den Angehörigen der Nationalgarde und dem Staat bestand. Letzterer sicherte die Interessen des Bürgertums, Ersterer traten dafür freiwillig zu dessen Schutz ein.

Doch gestaltete es sich schwierig, die Vorstellung einer hierarchischen Gesellschaftsordnung auf eine Institution zu übertragen, die das Prinzip der politischen Gleichheit verkörperte. Hier zeichneten sich die Grenzen des Gewaltmonopols ab, das auf der Basis des kapazitären Bürgers organisiert wurde. Die auf dem Papier bestehende Öffnung der Nationalgarde für alle männlichen Bürger schuf ungeahnten Partizipationsansprüchen Vorschub, die im Laufe der 1830er und 1840er Jahre zu einem Problem für die Regierung wurden. Im Zusammenhang mit den Forderungen nach Ausweitung der politischen Teilhabe stellte sich heraus, dass zwischen dem lokalen Dienst, welcher auf eine lange Tradition der gemeindlichen Milizen zurückging, und der Teilhabe im Rahmen des Nationalstaates ein Zusammenhang bestand, der ein unmittelbares Resultat aus der Erfahrung des Krieges und der Erringung der freien Nation war. In diesem Zusammenhang stellte sich heraus, dass die Ordnungskräfte gegenüber der Gesellschaft ihre integrative Wirkung einbüßten und es zu einer Zergliederung der bewaffneten Bürger kam, die nicht mehr allein in der Nationalgarde zusammentraten, sondern sich in alternativen Verbänden organisierten. Bis 1848 war so das Auseinandertreten von bewaffnetem Staat und bewaffneter Nation zu beobachten.

Entwicklung des französischen Bürgertums

Die postrevolutionäre Phase bildete auch den Rahmen für die Entwicklung und Ausbildung des französischen Bürgertums. Die Besitzumschichtungen, die mit der Revolution in Gang gesetzt worden waren, erlaubten es nicht nur den mit dem Ende des Ancien Régime zu Macht und Einfluss gelangten Abgeordneten und Beamten, ihren sozialen Aufstieg fortzusetzen und ihren Besitz über die Verwerfungen der ersten Republik hinaus zu retten. Die Pariser Industrie zeigte, dass auch die Angehörigen des Handwerks von dem Verkauf der Nationalgüter profitierten und ihr Gewerbe expandieren konnten. Damit drang eine tendenziell sich vergrößernde gesellschaftliche Gruppe in die politische Mitbestimmung vor, die zugleich während des 19. Jahrhunderts vom sozialen Abstieg und dem Ausschluss von den Wahlen bedroht war, die bis 1848 auf der Basis eines engen Zensus organisiert wurden. Die konstitutionelle Monarchie stellte

1814 zunächst die politischen Rahmenbedingungen her, mit denen das Bürgertum die während des Kaiserreichs erlittenen Einbußen wettmachen und so in eine neue Phase der Prosperität eintreten konnte. Der immobile Besitz blieb als vorrangiges Investitionsziel bestehen, allerdings zeigten die in den Kompanien der Nationalgarde auftretenden Vermögensverhältnisse die Zunahme der Gewerbesteuer. Dies illustriert, dass der bürgerliche Habitus zunehmend über Einkommen aus Industrie und Handwerk erworben wurde.

Über die wirtschaftlichen Motive hinaus schweißte das Bürgertum eine gemeinsame Identität zusammen. Diese fand in der Nationalgarde ihren Ausdruck, welche die Erlangung von Grundrechten und die Herausbildung einer einflussreichen Elite verkörperte, die aus der Emanzipation des dritten Standes hervortrat und einen zentralen Anteil an der Errichtung des modernen Staates hatte. Das Paradigma des Bürgersoldaten, der sowohl mit dem Waffen- als auch dem Wahlrecht ausgestattet war, übte eine hohe Anziehungskraft aus und prägte die Wahrnehmung der Monarchie, die ab 1818 auf die Suspendierung der Nationalgarde hinarbeitete. In diesem Zusammenhang führte das Selbstverständnis der bewaffneten Bürger zu Störfaktoren im Verhältnis zur Obrigkeit und zu einem Nachlassen von Gehorsam und Disziplin. Das Zurückbleiben des Regimes hinter den Errungenschaften von 1789 wurde als Angriff der konterrevolutionären Kräfte wahrgenommen. Vertretern der liberalen Opposition gelang es, eine kollektive Erinnerung zu stiften, dem Bürgertum Geschlossenheit zu verleihen und es zu einem geschichtsmächtigen Subjekt zu stilisieren, das früher oder später siegreich aus dem Konflikt mit den reaktionären Beherrschungskräften hervorgehen würde. Die Julirevolution von 1830 gab dieser Interpretation Recht, und in der Öffentlichkeit trat die Nationalgarde als Wegbereiterin der neuen Monarchie auf.

Das Ende der Herrschaft Karls X. und das ostentative Anknüpfen des Regimes Louis-Philippes an das Erbe der Revolution führten in der Gesellschaft zu einer enormen Erwartungshaltung. Die Reorganisation der Nationalgarde schien mit der Rückkehr zur Verfassung von 1791 einherzugehen. Dies war wie ein Versprechen der sozialen Gleichheit und politischen Emanzipation, da es die Aufnahme in die Reihen der bewaffneten Bürger in Aussicht stellte, auf die besonders Angehörige einkommensschwacher Milieus ihre Hoffnungen richteten. Viele einfache Handwerker und Arbeiter waren in der Vergangenheit als Ersatzmänner bestellt worden und hatten so den Umgang mit der Waffe erlernt. Im Juli kämpften sie auf den Barrikaden gegen die Truppen Karls X. und forderten nach dem Sturz des alten Regimes politische Reformen, die sie aufgrund ihrer Erfahrung des revolutionären Bürgersoldaten als selbstverständlich betrachteten. Die Regierung trug dem Rechnung, nahm die Barrikadenkämpfer in die Reihen der Kompanien auf und verpflichtete alle männlichen Bürger zum Dienst. Damit erhielt das Bürgertum neue Umriss und vergrößerte sich, da es

tendenziell jeden Franzosen mit einem festen Wohnsitz als Angehörigen aufnahm.

Zugleich entwickelte es sich nach 1830 mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Den Profiteuren des Regimes, die wie im Falle der Lyoner Seidenhändler trotz Wirtschaftskrise steigende Umsätze verbuchen konnten, standen die Verlierer des sich rapide wandelnden Handwerks sowie das anwachsende Heer an Proletariern, Lohnarbeitern und Angestellten gegenüber. Die Nationalgarde der Julimonarchie reproduzierte die sozialen Ungleichheiten, die aus der Industrialisierung resultierten und von den Institutionen des Landes kaum aufgefangen, sondern im Gegenteil verschärft wurden. Die bewaffneten Bürger büßten ihre Einheit ein und spalteten sich auf. Die Angehörigen der Schicht der Notabeln, die in ihrem Viertel und ihrer Stadt ein hohes Ansehen genossen, verbanden mit dem Dienst ein soziales Prestige, das ihnen eine aussichtsreiche Berufslaufbahn und ein einträgliches Einkommen verschaffte. Die von politischer Partizipation und sozialem Aufstieg ausgeschlossenen Bürger erkannten im Dienst der Nationalgarde ein Mittel, soziale und politische Gleichberechtigung zu erzielen, was ihnen vom Justemilieu-Regime aber vorenthalten wurde. Beide Akteure beriefen sich auf dieselbe Tradition, legten diese aber in einem konservativen und einem progressiven Sinn unterschiedlich aus. Letzterer trieb die Nationalgardisten an, dem Bürgertum eine neue Einheit zu verschaffen und dessen vollständige Integration in die freie Nation zu forcieren. Dafür stellten sie Forderungen und traten zu organisierten Aufständen zusammen, mit denen sie auf die Einlösung universaler Werte drangen. Der Druck aus der Mitte der Gesellschaft höhnte die Legitimität des Regimes aus und führte 1848 schließlich zu dessen Fall.